

KRIMINALITÄTSFURCHT

Von der Kriminalitätshysterie zur Normalität?

• Karl-Heinz Reuband

Zuletzt schrieb Karl-Heinz Reuband in der Neuen Kriminalpolitik Heft 2/1999 über Kriminalitätsfurcht im Wandel. Die dort vorgeschlagene Perspektive einer Längsschnitt-Betrachtung der Entwicklung und der besonderen Berücksichtigung subjektiver Bedrohungsgefühle, wird mit dem vorliegenden Beitrag ausgeweitet. Grundlage sind Umfragedaten der letzten zwanzig Jahre und ein Vergleich der Veränderungen in Ost- und Westdeutschland in den 90er Jahren.

Kriminalitätsentwicklung und subjektive Reaktion

Wenn man die öffentliche Diskussion der letzten Jahre verfolgt, hat man den Eindruck, als wäre eines sicher: daß die Kriminalität stets wächst und mit ihr auch die Furcht der Bürger. Eine Krise der Inneren Sicherheit wird beschworen und eine Entwicklung, die sich von Jahr zu Jahr durch ständige Steigerungsraten auszeichnet. Als besonders davon betroffen gelten die neuen Bundesländer: mit dem Zusammenbruch des DDR Regimes schnellten die Kriminalitätsziffern gemessen an der polizeilichen Kriminalstatistik hoch und so auch die Furcht der Bürger vor Kriminalität.

Doch was fast schon als Automatismus gedeutet wird, ist keine Zwangsläufigkeit: weder muß die Kriminalität von Jahr zu Jahr steigen, noch die Furcht vor ihr. Die objektive und subjektive Bedrohung müssen nicht einmal parallel verlaufen, weder im zeitlichen, regionalen oder nationalen Vergleich. Denn zwischen der objektiven und der subjektiven Bedrohung sind eine Reihe verschiedener intervenierender Einflußfaktoren geschaltet, die eine unmittelbare Umsetzung verhindern. Dazu gehören die Massenmedien ebenso wie die Bürger, mit unterschiedlichen Graden der Verletzbarkeit durch unterschiedliche Ressourcen und Bewältigungsstrategien.

Die Entwicklung der Kriminalitätsfurcht konnte für die Bundesrepublik in der Vergangenheit empirisch bislang nur bruchstückhaft dokumentiert werden. Die Zahl der verfügbaren Indikatoren zur Messung der Kriminalitätsfurcht war gering. Die Indikatoren waren oftmals global ausgerichtet, bezogen sich eher auf die gesamtgesellschaftliche als die persönliche Bedrohung und beschränkten sich auf wenige Zeiträume. Delikt spezifische Zeitreihen zur Kriminalitäts-

furcht, die in dichter Folge auch die neueste Zeit umfassen, blieben spärlich.

Nun sind jüngst einige bundesweite, repräsentative Umfragebefunde publiziert worden, welche die defizitäre Datenlage beheben und aktuelle Befunde – auch zum Wandel in den neuen Bundesländern – liefern. Sie machen übereinstimmend deutlich, daß sich im Gegensatz zur öffentlichen Thematisierung der Anstieg in der Kriminalitätsfurcht in den letzten Jahren nicht fortgesetzt hat und statt dessen einem Rückgang gewichen ist. Die erste gewichtige Studie in diesem Zusammenhang ist der Wohlfahrtssurvey. Die neueste Erhebung von 1998 dokumentiert einen Rückgang der Unzufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit seit 1993 (Habich et al. 1999). Nach der zweiten jüngst veröffentlichten Studie, im Auftrag des Bundeskriminalamtes vom EMNID Institut durchgeführt, ist die Kriminalitätsfurcht seit 1994 gesunken: 1994 fühlten sich im Westen 81% in ihrer Nachbarschaft »ziemlich bis sehr sicher«, 1998 83%. Im Osten ist der Anstieg im Sicherheitsgefühl sogar noch ausgeprägter: einem Sicherheitsgefühl von 68% im Jahr 1994 steht 1998 ein Wert von 80% gegenüber (Bundesministerium des Inneren 1999). Die dritte Umfrageserie – die uns im folgenden in besonderem Maße interessieren soll und die ebenfalls einen Rückgang der Furcht seit 1994 belegt – stammt vom Institut für Demoskopie Allensbach (1999).

Sie ist für unsere Fragestellung deshalb so bedeutsam, weil sie den Wandel auf delikt spezifischer Ebene abdeckt und in zeitweise über eine recht dichte Zeitreihe mit mehreren Meßzeitpunkten verfügt. Die Zahlen für die Zeit vor 1994 sind zwar in der neuesten Publikation nicht aufgeführt, sie lassen sich jedoch früheren Veröffentlichungen und Datenbeständen entnehmen (Reuband 1992). Um das Bild zu kom-

pletieren, ist es ratsam, eine Frage des gleichen Instituts zur wahrgenommenen Zunahme der Kriminalität auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zusätzlich heranzuziehen. Ihre Befunde reichen zwar nicht bis in die neueste Zeit, haben jedoch den Vorteil, die zwischenzeitlichen Prozesse des Wandels, die durch die anderen Umfrageserien weniger gut abgedeckt wird, besser abzubilden (dazu vgl. Institut für Demoskopie 1994).

Wandel in der wahrgenommenen gesamtgesellschaftlichen Bedrohung

Das Bild, das sich durch die hier vorgenommene zeitliche Ausweitung der Datenbasis ergibt, ist differenzierter und komplexer, als es der Vergleich der 90er Jahre allein nahelegt. Die Zeitreihe zur wahrgenommenen gesamtgesellschaftlichen Bedrohung, die von der eigenen Gefährdung abstrahiert, und hier als erste betrachtet wird, erbringt für die 70er Jahren einen Rückgang im Anteil der Befragten, die Sorge haben, »daß die Kriminalität in Deutschland immer mehr zunimmt«. 1971 liegt der Wert bei 40%, 1976 bei 36%, 1981 bei 30% und 1986 bei 26%. 1990 ist er auf 30% wieder gestiegen. Und er nimmt seitdem mehr oder minder weiter zu. Im August 1993 hat er in den alten Bundesländern den Wert von 49% erreicht. Die eigentliche Wende, die den Umschwung von einer sinkenden zur steigenden Kriminalitätsfurcht markiert, liegt in der Zeit um 1990.

Die Entwicklung, die sich in diesen Umfragen abzeichnet, findet sich in anderen Umfragen zur gesamtgesellschaftlichen Bedrohung wieder. Auch für sie gilt, daß seit den frühen 70er Jahren die subjektive Bedrohung bis Ende der 80er Jahre sinkt, obwohl die objektive Kriminalitätsbedrohung (ersatzweise gemessen über die Kriminal-

statistik) mit der Zeit gestiegen ist. Wir haben diese Entwicklung der Furcht, die konträr zur objektiven Bedrohungsentwicklung verläuft, als einen »Gewöhnungseffekt« interpretiert, der ein Arrangement der Bürger mit dem Phänomen der Kriminalität bedeutet, solange sich dieses nicht allzu schnell und spektakulär erhöht (Reuband 1992a, 1992b).

Das Jahr 1990 bildet nach den Umfragen eine Zäsur in der Entwicklung. Der rückläufige Trend setzt sich nicht fort, obwohl sich die objektive Kriminalitätsbedrohung nicht grundlegend geändert hat; die Steigerungsraten der polizeilichen Kriminalstatistik sind nicht besonders dramatisch, zumindest nicht bedeutsamer als in den Jahren zuvor. Nennenswerte Veränderungen im Erscheinungsbild der Kriminalität gibt es zudem nicht. Doch es gibt dafür andere soziale Erschütterungen, die das Kriminalitätsphänomen in einem neuen Licht erscheinen lassen: mit dem Fall der Mauer und der Öffnung der Grenzen im Osten haben sich Veränderungen ergeben, welche die bisherigen Selbstverständlichkeiten in Frage stellen und eine steigende Vulnerabilität und Bedrohung signalisieren. Nicht nur, daß von nun an die Grenzen durchlässiger sind und ausländische Kriminelle das Terrain der Bundesrepublik nutzen, auch die ökonomischen Bedingungen und die Kosten der Einheit beginnen sich auszuwirken. Sie betreffen die West- und die Ostdeutschen, letztere aber in besonderem Maße. Viele von ihnen mußten ihren Beruf oder Arbeitgeber wechseln, durch Perioden der Arbeitslosigkeit hindurch gehen oder gar in dauerhafte Arbeitslosigkeit oder erzwungenen Vorruhestand.

Diese Umbruchprozesse haben vermutlich die Wahrnehmung zukünftiger Kriminalitätsbedrohung mit begünstigt. Zum einen aufgrund der Verunsicherung per se, welche die Zukunft ungewiß erscheinen läßt, zum anderen aufgrund der Vorstellung über Kriminalitätsursachen. Im November 1993 fragte das Institut für Demoskopie die Bundesbürger nach den Ursachen für die Zunahme der Kriminalität in Deutschland. An erster Stelle wurde die Arbeitslosigkeit genannt – 31% der West- und 66% der Ostdeutschen, die nunmehr so sehr das Alltagsdenken bestimmt und gerade für Ostdeutsche ein Novum darstellt. An zweiter Stelle folgten falsche Erziehung oder Werte, Sinnkrise mit Anteilen jeweils zwischen 20% und 27%.

Gemessen am Indikator für wahrgenommene gesamtgesellschaftliche Bedrohung unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche bemerkenswerterweise bereits zum frühesten Zeitpunkt der Messung, unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR im Jahr 1990. Bereits zu einer Zeit, als die objektive Bedrohung im Osten geringer lag als im Westen, waren mehr Personen über die Kriminalität besorgt als in den alten Bundesländern. Eine Zunahme des Ost-West-Gefälles in der Furcht vor gesamtgesellschaftlicher Bedrohung findet in der Folgezeit nicht mehr statt. Die Ostdeutschen sind 1990 um 23 Prozentpunkte stärker besorgt als die Westdeutschen,

1992 um 20 Punkte und 1995 um 16 Punkte. Die Unterschiede werden also allenfalls etwas geringer, auf keinen Fall größer. Diese weitgehende Parallelität der Entwicklung ist auch deswegen bemerkenswert, weil die Kriminalitätsrate in Ostdeutschland in dieser Zeit gemäß der polizeilichen Kriminalstatistik überproportional steigt. Dies bedeutet eine Abkoppelung der subjektiven von der »objektiven« Bedrohung.

Wandel in der persönlichen Bedrohung

Die Wahrnehmung der gesamtgesellschaftlichen Bedrohung ist mit der persönlichen Kriminalitätsfurcht nicht gleichzusetzen. Beides korreliert zwar empirisch, aber es handelt sich um getrennte Dimensionen der Wahrnehmung von Kriminalität. Für die Erfassung der personenbezogenen Kriminalitätsfurcht über Zeit in Westdeutschland sind vor allem die neuen Befunde

Allensbacher Instituts nicht mit enthalten ist (und an dieser Stelle nicht mit abgedruckt ist), sich aber aus anderen Erhebungen herleiten läßt: dem sog. »Standardindikator« der Kriminalitätsfurcht. In diesem geht es um die Sicherheit in der eigenen Wohngegend. Ihm zufolge ist die Furcht zwischen 1965 und 1990 gesunken (dazu vgl. Reuband 1995: 43). Zusammengefasst signalisieren die Befunde, egal ob auf gesamtgesellschaftliche oder personenbezogene Ebene bezogen, demnach eine Konstanz oder gar einen Rückgang, auf keinen Fall einen Anstieg.

Bedauerlicherweise gibt es in der Zeitreihe des Allensbacher Instituts zur personenbezogenen Kriminalität für die 80er Jahre eine Lücke. Die Entwicklung dieser Zeit kann daher nicht rekonstruiert werden. Ob sich eine Trendwende bereits Mitte der 80er Jahre vollzieht oder erst mit oder nach dem Fall der Mauer, muß offen bleiben. Eines jedoch ist sicher: zu Beginn der 90er Jahre liegt der Wert für subjektive Kriminalitätsbedro-

Tabelle: Kriminalitätsfurcht im Zeitverlauf (in %)

	Westdeutschland										Ostdeutschland			
	75	79	80	82	91	92	93	94	99		92	93	94	99
Daß bei mir zu Hause eingebrochen wird	21	20	21	21	57	43	41	40	32		68	59	59	31
Daß ich überfallen und beraubt werde	20	17	18	23	–	38	35	27	30		60	55	52	31
Daß ich unterwegs bestohlen werde	12	9	14	15	–	29	30	24	22		51	45	42	25
Daß Ich von einem Betrüger um meine Ersparnisse gebracht werde	7	9	8	–	–	13	6	10	8		28	17	20	11
Daß mich aggressive Jugendliche (Skinheads, Punks) auf der Straße angreifen	–	–	–	–	44	–	37	36	30		–	44	46	40
Daß jemand aus meiner Familie oder gute Freunde Opfer eines Verbrechens werden	–	–	–	–	–	–	33	34	34		–	45	51	37

– nicht erhoben

Quellen: Veröffentlichte und unveröffentlichte Umfragen des Institut für Demoskopie (vgl. auch Institut für Demoskopie 1993, 1999). Wo mehrere Werte pro Jahr existieren, wurde ein Durchschnittswert berechnet.

Frageformulierung: »Kommt es in letzter Zeit öfter vor, daß Sie Angst haben vor etwas, was auf dieser Liste steht?«

des Allensbacher Institutes von Interesse. Diese Befunde sind zusammen mit den älteren Daten in der Tabelle zusammengestellt. Wie man ihr entnehmen kann, bleibt in der Zeit der 70er und 80er Jahre bei den hier verglichenen Delikten das Furchtniveau nahezu konstant. Die personenbezogene Furcht unterliegt keinem vergleichbaren Rückgang wie die wahrgenommene gesamtgesellschaftliche Bedrohung. Sie unterliegt aber auch keinem Anstieg parallel zur objektiven Gefährdung.

Ein Rückgang läßt sich allenfalls bei einem Indikator erkennen, welcher in der Zeitreihe des

hung höher als jemals zuvor. Sorge um einen Einbruch bekunden mit einem Anteil von 57% mehr als zweieinhalb mal so viele Bürger wie in den frühen 80er Jahren. Und Sorge um Überfall geben mit einem Anteil von 38% rund die Hälfte mehr an. Die Kriminalitätsfurcht hat sich als Faktor herausgebildet, der das Alltagsdenken maßgeblich mitbestimmt.

Mit der Etablierung der Kriminalitätsfurcht als einer massenhaften Erscheinung zu Beginn der 90er Jahre ist paradoxerweise aber auch schon ihr Rückgang eingeleitet. Bereits im Jahr 1992 liegen die Werte in den alten Bundesländern

niedriger als im Jahr davor. Und seitdem setzt sich diese Entwicklung fort. Bei einigen der Delikte geschieht dies sofort, bei anderen zögerlich und zum eigentlichen Rückgang kommt es hier erst später. So ändert sich zum Beispiel bei der Sorge um den Einbruch zwischen 1991 und 1994 relativ wenig, erst in der darauf folgenden Zeit vollzieht sich der Rückgang. Bei der Sorge um den Diebstahl andererseits liegt der Einschnitt bereits beim Übergang vom Jahr 1993 auf 1994. Trotz der rückläufigen Entwicklung werden die Ausgangswerte der 70er Jahre jedoch auch in der neusten Erhebung aus dem Jahr 1999 noch nicht wieder erreicht.

Bei den Ostdeutschen liegt das Furchtniveau von Anfang an zwar höher als bei den Westdeut-

»Mit der Etablierung der Kriminalitätsfurcht als einer massenhaften Erscheinung zu Beginn der 90er Jahre ist paradoxerweise auch schon ihr Rückgang eingeleitet«

schen, doch verläuft die Entwicklung in der Folgezeit von der Richtung her ähnlich. Auch hier gilt, daß der Rückgang der Furcht zum frühesten Meßzeitpunkt in den 90er Jahren – in diesem Fall 1992 – einsetzt, wenn auch der eigentliche Rückgang zeitlich etwas später stattzufinden scheint, zwischen 1994 und 1999. Dies gilt für die Sorge um Diebstahl ebenso wie die Sorge um Überfall und Einbruch. Der Rückgang in der Furcht verläuft in den neuen Bundesländern dabei in der Regel stärker als in den alten Bundesländern, so daß sich West- und Ostdeutsche im Lauf der Zeit immer mehr annähern. Diese Annäherung ist so stark, daß sich in der neusten Erhebung von 1998 bei nahezu allen Delikten in den neuen Bundesländern ein ähnlicher Wert findet wie in den alten Ländern! Mit einer Ausnahme: der Sorge von aggressiven Jugendlichen (Skinheads, Punks) angegriffen zu werden. Und diese, so scheint es, entspricht einer durchaus realistischen Sichtweise: rechtsradikale Gewalt, oftmals von Skinheads ausgeübt, ist in den neuen Bundesländern relativ zur Einwohnerzahl weiter verbreitet als in den alten Bundesländern.

Zum Verhältnis von subjektiver und objektiver Bedrohung

Wie sehr reflektieren die neueren Entwicklungen in der Kriminalitätsfurcht in Ost- und Westdeutschland die Veränderungen in der objektiven Bedrohung auf deliktenspezifischer Ebene?

Verlaufen sie parallel dazu oder unterliegen sie andersgearteten Tendenzen? Viktimisierungsgruppen, welche den zeitlichen Verlauf Jahr für Jahr in kontinuierlicher Weise zu dokumentieren vermögen, gibt es für die Bundesrepublik nicht. Auf der Basis der polizeilichen Kriminalstatistik können wir jedoch ansatzweise für einige Delikte, für welche die Kriminalitätsfurcht erhoben wurde, Vergleiche anstellen. Am besten gilt dies für die Delikte »Einbruch« und »Raub auf der Straße«, in eingeschränktem Maße für »Betrug« – denn in die Polizeistatistik dürfte in maßgeblicher Weise der Betrug nicht nur von Personen, sondern Organisationen miteingehen. Problematisch ist auch der Vergleich bei der Deliktbeschreibung, »daß ich (unterwegs) bestohlen werde«. Taschendiebstähle können ebenso darunter subsummiert werden wie Einbruch in das Auto. Eine direkte Referenz zu Kategorien der Kriminalstatistik ist nur mittelbar gegeben, wir verzichten daher hier auf einen Vergleich mit deren objektiver Entwicklung.

Für den Einbruch in Wohnungen dokumentiert der Blick auf die Kriminalstatistik (vgl. *Abbildung 1*), daß die Häufigkeitsziffer in Westdeutschland nach einem Anstieg gesunken ist: von 276 pro 100.000 Einwohner im Jahr 1993 auf 215 im Jahr 1998. Eine ähnliche Entwicklung findet sich in Ostdeutschland. Je nachdem, welches Jahr als Ausgangsbasis der Berechnung genommen wird, ist der Wandel in Ostdeutschland sogar noch größer als in Westdeutschland. Für die Raubüberfälle auf Straßen und Plätzen (*Abbildung 2*) findet sich für die alten Bundesländer zwischen 1992 und 1994 eine Konstanz, in der Folgezeit ein leichter Anstieg in der Häufigkeitsziffer, und für Ostdeutschland seit 1993 ein Rückgang. Dieser Rückgang ist so stark, daß sich die Verhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland grundlegend ändern: während zwischen 1993 und 1995 die Häufigkeitsziffer in Ostdeutschland über der in Westdeutschland lag, ist es seit 1997 umgekehrt. Beim Betrug (*Abbildung 3*) steigen für Westdeutschland und Ostdeutschland die Häufigkeitszahlen an. Die ostdeutschen Werte liegen in allen Jahren unter denen der Westdeutschen.

Wie man die ostdeutschen Verhältnisse, die im Vergleich zu Westdeutschland durch niedrigere Kriminalitätsziffern geprägt sind, für 1992 einschätzen sollte, muß an dieser Stelle zunächst ungeklärt bleiben. Ob die Werte tatsächlich so niedrig liegen und 1993 so sehr hochschnellen, kann nicht eindeutig geklärt werden. Denn die Polizeistatistiken werden erst ab 1993 in etwa in vergleichbarer Weise geführt wie in Westdeutschland (vgl. Bundeskriminalamt 1998). Die Zahlen für 1992 könnten also durchaus zu niedrig liegen und 1993, mitbedingt durch eine Abarbeitung liegengeliebener Fälle, etwas zu hoch. Für das Erleben des Bürgers, der sich an den veröffentlichten Polizeistatistiken orientiert, ist dies wohl gleichgültig, entscheidend für ihn könnte der Anstieg in der registrierten und veröffentlichten Kriminalität sein.

Bedeutsam für die Frage des Zusammenhangs von objektiver und subjektiver Bedrohung ist, daß diese rückläufige Bedrohung bei den hier betrachteten Delikten mit einer rückläufigen Furcht korrespondiert. Dies gilt im Fall Ostdeutschland sogar in einer überproportionalen Weise, die Furcht sinkt in der Regel stärker als die objektive Bedrohung. Im Fall des Raubdelikts sinkt sie z.B. zwischen 1993 und 1998 um 44% (von 55% auf 31%), während die polizeiliche Häufigkeitsziffer nur um 25% zurückgeht (von 40% auf 30%).

Gleichwohl bleibt ebenfalls als Befund bestehen, daß das Furchtniveau nicht zwangsläufig die objektive Bedrohung reflektiert. So äußerten die Ostdeutschen bis 1994 mehr Furcht vor einem Einbruch als die Westdeutschen, obwohl ihr Risiko, gemessen an der Polizeistatistik, geringer war. Selbst noch im Jahr 1998 ist sie überproportional hoch: sie ist in etwa mit der der Westdeutschen vergleichbar, trotz geringerem objektivem Risiko. Was bedeutet: von einer »vollständigen Normalität« der Verhältnisse kann trotz gewisser Normalisierungsprozesse noch nicht gesprochen werden, doch ist der Weg in diese Richtung eingeschlagen.

Schlußbemerkungen

Was bleibt als Fazit? Die Kriminalitätsfurcht, die zu Beginn der 90er Jahre in den alten wie den neuen Bundesländern so sehr das öffentliche Bewußtsein bestimmt, ist gesunken. Sie ist in den neuen Bundesländern stärker gesunken als in den alten Bundesländern und nähert sich diesen an. Sie hat sich reduziert, nachdem sie einst ein atypisch hohes, fast schon irrationales Niveau innehatte und eine Mehrheit der Bürger glaubte, in den nächsten 12 Monaten Opfer von Kriminalität zu werden (vgl. auch Noll und Schröder 1995).

So sehr auch in den objektiven und subjektiven Lebensbedingungen eine gewisse Normalisierung eingetreten ist, kann sie doch nur einen Teil dieses Rückgangs der Furcht erklären. Für entscheidender halten wir den Prozeß der Gewöhnung. Diese Gewöhnung, die in den alten Bundesländern schon in früheren Jahren einsetzte und bewirkte, daß die Furcht trotz steigender Bedrohung sank, scheint nunmehr auch in den neuen Bundesländern ihre Wirkung zu entfalten (Reuband 1999).

Offenbar mußte man auch in den neuen Bundesländern erst lernen, mit dem Phänomen der Kriminalität umzugehen. Die Wahrnehmung der Bedrohung ist dadurch realistischer geworden. Von einer gleichartigen Reaktion auf die objektive Bedrohung ist man in Ost- und Westdeutschland dennoch entfernt.

Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband lehrt Soziologie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Probleme, sozialer Wandel, Methoden der empirischen Sozialforschung

Abbildung 1: Einbruch in Wohnungen
(Angaben als Häufigkeitszahlen; Quelle: BKA)

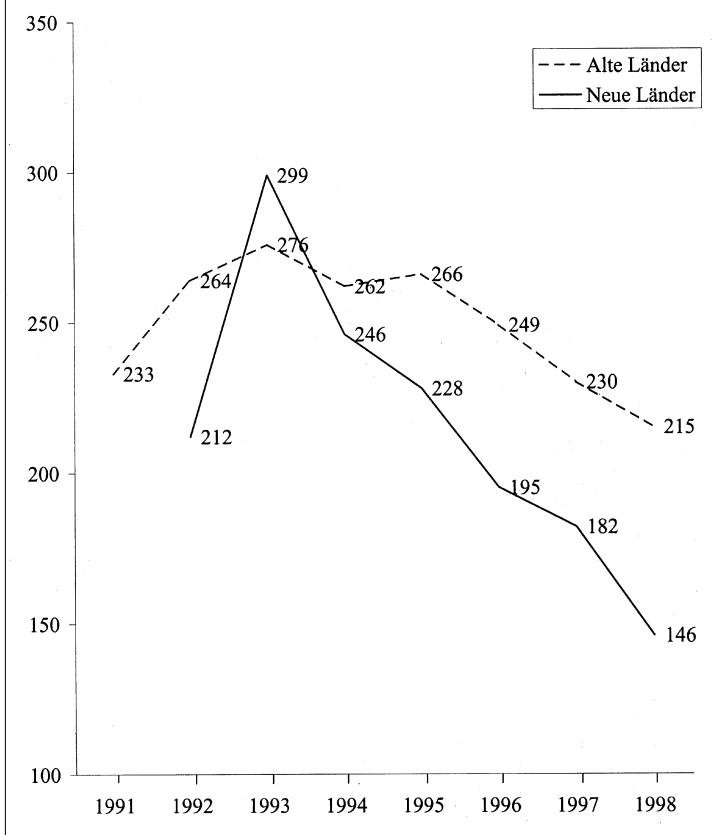


Abbildung 2: Raubüberfälle auf Straßen
(Angaben als Häufigkeitszahlen; Quelle: BKA)

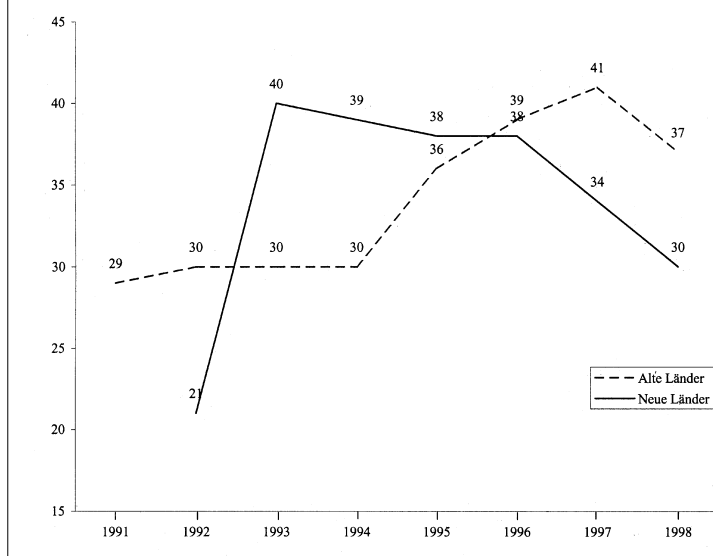
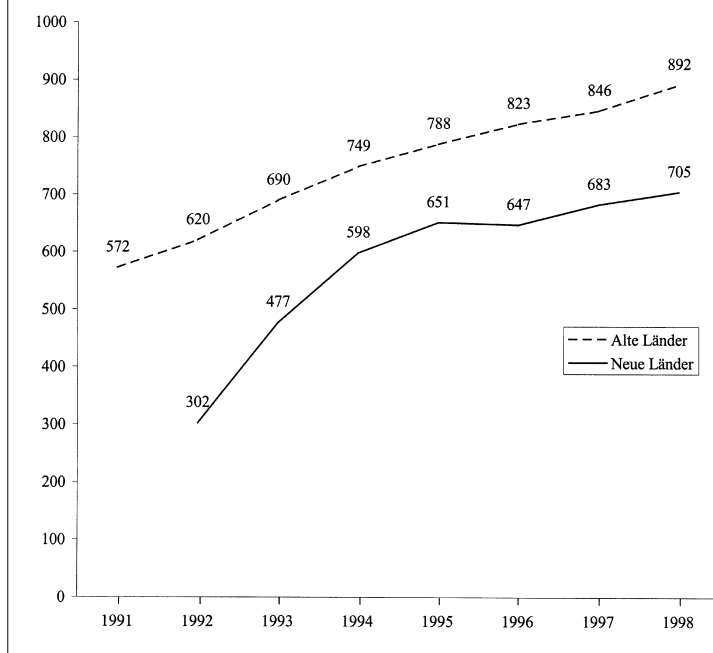


Abbildung 3: Betrug
(Angaben als Häufigkeitszahlen; Quelle: BKA)



Literatur

- Noll, H.H. und Schröder, H. 1995: Öffentliche Sicherheit und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland, in: W. Glatzer und H.H. Noll, Hrsg. Getrennt vereint. Frankfurt, S. 305 ff.
- Habich, R., H.H. Noll und W. Zapf: Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau. Ergebnisse des Wohlfahrtssurvey 1998: in ISI 22, Informationsdienst soziale Indikatoren, Juli 1999, S. 1-7
- Institut für Demoskopie 1999: Allensbacher Berichte Nr. 12
- Reuband, K.H.: Über das Streben nach Sicherheit und die Anfälligkeit der Bundesbürger für »Law und Order«-Kampagnen. Umfragebefunde im Trendvergleich, in: Zeitschrift für Soziologie, 21, 1992, S. 139-147
- Reuband, K.H.: Kriminalitätsfurcht in Ost- und Westdeutschland. Zur Bedeutung psychosozialer Einflussfaktoren, in: Soziale Probleme, 3, 1992, S. 211-219
- Reuband, K.H.: Veränderungen in der Kriminalitätsfurcht der Bundesbürger. Eine Bestandsaufnahme empirischer Erhebungen, in: G.Kaiser und M.Jehle, Hrsg., Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Band II. Heidelberg: Kriminalistik Verlag 1995, S. 37-54

- Reuband, K.H.: Steigt in der Bundesrepublik die Verbrennsfurcht? Widersprüchliche Befunde aus der neueren Umfrageforschung, in: J. Neumeyer, Hrsg., Innere Unsicherheit. München: A.G. Spak Verlag 1993, S. 41-50
- Reuband, K.H.: Kriminalitätsfurcht. Stabilität und Wandel, in: Neue Kriminalpolitik, Heft 1, S.15-20
- Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik 1992 bis 1998, Wiesbaden 1993 ff.
- Bundesministerium des Inneren: Innenpolitische Informationen des Bundesministeriums des Inneren, Nr. 3, 1999, S. 114